

Erklärung des Bündnisses DaF/DaZ-Lehrkräfte

"Sprache ist der Schlüssel zur Integration." Und wir, die Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (DaF/DaZ), haben ihn!

Obwohl wir seit ca. 20 Jahren auf Missstände in unserem Beruf hinweisen und seit ca. einem Jahr laut protestieren, demonstrieren, an Politikerinnen und Politiker schreiben und mit ihnen viele und gute Gespräche führen, verschlechtern das geplante Integrationsgesetz und die Sprachkurspolitik der Länder sogar noch unsere jetzt schon unzumutbaren Arbeitsbedingungen.

Deshalb haben wir, die DaF/DaZ-Lehrkräfte aus 20 Städten, uns am 21.05.16 in Hannover getroffen und das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte gegründet. In diesem starken Bündnis werden wir vereint auf politischer Ebene für eine Verbesserung unserer Einkommensverhältnisse und Arbeitsbedingungen kämpfen. Dies wollen wir auch zusammen mit den Gewerkschaften tun, die uns schon seit langem unterstützen. Uns geht es aber auch um die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen und Geflüchteten. Dabei ist schon seit Jahrzehnten bekannt, dass das eine Daueraufgabe ist und auch bleiben wird. Aber ohne eine deutliche Verbesserung unserer Lage wird die Integration nicht gelingen, denn immer mehr Lehrkräfte verlassen unseren Beruf, sodass es schon jetzt einen von der Politik beklagten Mangel an Lehrer*innen für Deutsch als Zweitsprache gibt.

Vor einer Woche gab das Bundesinnenministerium bekannt, die Honorare in den Integrationskursen auf 35 € brutto pro Unterrichtsstunde erhöhen zu wollen. Wir begrüßen dies, aber betrachten es lediglich als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Unser Bündnis fordert das Finanzministerium auf, die benötigten Mittel zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Mit der vom BMI geplanten Honorarerhöhung würde sich die Bundesregierung endlich einem wichtigen Punkt ihres Koalitionsvertrags annähern. 2013 wurde beschlossen: "Die Integrationskurse haben sich bewährt. Wir wollen sie qualitativ weiter verbessern (Differenzierung nach Zielgruppen, Kursgrößen und angemessene Honorierung der Lehrkräfte)." Auch die letzte Integrationsministerkonferenz hat den Bund erneut aufgefordert, die Lehrkräfte angemessen zu bezahlen.

Wir verfügen über akademische Abschlüsse und Zusatzqualifikationen, erteilen professionellen Sprachunterricht, lehren Politik und Geschichte und leisten damit Integrationsarbeit in heterogenen Gruppen mit Menschen verschiedener Muttersprachen, Herkunftsländer und Altersgruppen, mit und ohne Schul- und Sprachlernerfahrung, teilweise traumatisiert und in problematischen Lebenssituationen. Wir unterrichten nicht nur in Alphabetisierungs- und Integrationskursen, sondern auch auf höherem Niveau (B2, C1 und C2), um unsere Teilnehmer*innen zur Aufnahme einer Ausbildung, einer qualifizierten Arbeit oder eines Studiums zu befähigen. Das in Integrationskursen angestrebte Niveau B1 reicht dafür nicht.

Das Bundesministerium des Innern bezeichnet Integrationskurse als Kernstück der Integrationsanstrengung und als zentrale Aufgabe für unsere Gesellschaft. Trotzdem werden uns Lehrkräften prekäre Arbeitsbedingungen zugemutet. Die meisten von uns werden gezwungen, als Honorarkräfte zu arbeiten, was sehr oft Scheinselbstständigkeit bedeutet. Selbst bei jahrzehntelanger Vollzeitarbeit für einen Auftraggeber werden wir freiberuflich mit kurzfristigen Honorarverträgen eingesetzt. Im Rahmen einer Vollzeittätigkeit erhalten wir,

je nach Bildungsträger, zwischen 1000 und 1400 Euro pro Monat netto. Einen bezahlten Urlaub gibt es für die meisten von uns nicht, und Krankheit bedroht unsere Existenz durch Honorarausfall. Von den Sozialabgaben müssen wir sowohl den Arbeitnehmer- als auch den Arbeitgeberanteil selbst tragen. Altersarmut ist vorprogrammiert.

80 % der Lehrkräfte in Deutschkursen sind Frauen. Wir betrachten diese Arbeitsbedingungen als strukturelle Diskriminierung von Frauenerwerbstätigkeit.

Wir fordern:

- Festanstellung mit tariflich gebundener Eingruppierung und Arbeitsstrukturen, die denen von angestellten Lehrkräften an Berufsschulen mit einem Stundenkontingent von 26 Wochenstunden und den an der Schule üblichen Ferienregelungen entsprechen

oder

- bei Freiberuflichkeit ein Honorar, das das Arbeitgeberbrutto der festangestellten Lehrkräfte um 25% übersteigt (Risikozuschlag), denn das Honorar muss das Urlaubsentgelt, eine Absicherung im Krankheitsfall, im Mutterschutz und bei Auftragsausfall enthalten.

Alternativ fordern wir eine Beteiligung der Träger an den Sozialversicherungsbeiträgen oder die Einrichtung einer Sozialkasse nach Vorbild der Künstlersozialversicherung.

Wir halten es für unabdingbar, dass diese Arbeitsbedingungen für alle qualifizierten DaF/DaZ-Lehrkräfte gelten, was auch eine deutliche Erhöhung der Finanzierung und Zuschüsse von Bund, Ländern, Kommunen und Arbeitsagentur bedeutet.

Außerdem fordern wir:

- von unseren Bildungsträgern die unverzügliche Weitergabe der erhöhten Kurspauschalen an die DaF/DaZ-Lehrkräfte.

- eine Höchstteilnehmerzahl von 18 in den Integrationskursen und die Wiederherstellung der Qualitätsstandards für die Zulassung von Lehrkräften (Stand: vor 01.09.15)

- fachliches Mitspracherecht der DaF/DaZ-Lehrkräfte bei Kurskonzeption, Kursinhalten, Evaluation und Prüfungen

- Ausweitung der Integrationskurse auf mindestens B2-Niveau

- ein verbrieftes Recht der DaF/DaZ-Lehrkräfte, ihre Interessen auf Trägerebene zu vertreten

Wir, die DaF/DaZ-Lehrkräfte, sind der Ansicht, dass in erster Linie die Politik für unsere prekäre Lage verantwortlich ist, denn wir arbeiten meistens im Auftrag des Staates. Um sich von möglichen Ansprüchen der Lehrkräfte frei zu halten, verweist das BAMF zynisch auf den „freien Markt der Träger“ – ist aber selbst der einzige Auftraggeber. Aber auch die Länder, Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit finanzieren ihre Projekte teilweise so schlecht, dass die Bildungsträger ihren Lehrkräften noch weniger als in den Integrationskursen zahlen.

Deswegen fordern wir die Politik auf, ihre Verantwortung anzuerkennen und unsere Forderungen unverzüglich umzusetzen. Unser Bündnis steht für Gespräche zur Verfügung.